



Pressestatement

von Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes

anlässlich der Präsentation des gemeinsamen Forderungskatalogs zur Bundestagswahl von Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Paritätischem Gesamtverband

„Eine Zukunftsagenda für die Vielen – 9 Schritte zu einer ökologisch und sozial gerechten Gesellschaft“

am 19.5.2021 in der Bundespressekonferenz

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Olaf Bandt hat die klima- und umweltpolitischen Ziele und Maßnahmen unserer gemeinsamen Agenda skizziert. Die weltweiten Folgen eines klimapolitischen Scheiterns wären verheerend, von massenhaftem Elend und Hunger bis hin zu massenhafter Flucht – sei es vor Kriegen oder vor Armut. Und es ist nicht nur der globale Süden, der diese Auswirkungen zu spüren bekäme. Es wären in der einen oder anderen Form wir alle. Niemand sollte sich einbilden: „Das wird schon irgendwie“. Und es ist nicht nur eine Sache der Umweltverbände, sich hier einzusetzen. Als großer Wohlfahrtsverband, der nicht nur Kindergärten und Pflegeeinrichtungen vertritt, sondern ebenso eine Vielzahl von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, hat der Paritätische ein klares Mandat und eine klare Haltung: Wir brauchen eine sehr ambitionierte und konsequente Klimapolitik, die ohne Abstriche die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens verfolgt. Wir wollen keine klimapolitischen Opfer, weder weltweit durch klimapolitische Unterlassungen, noch hier in Deutschland durch Unterlassungen bei der notwendigen sozialen Flankierung.

Die klimapolitischen Notwendigkeiten stellen diese Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Fast alle von uns werden ihren Lebensstil ändern müssen. Wir müssen eine Volkswirtschaft, die auf Verbrauch, Verschwendung und Profite ausgerichtet ist und dabei Ausgrenzungen von Bevölkerungsgruppen bewusst in Kauf nimmt, neu ausrichten – eine Herkulesaufgabe. Von uns allen wird viel abverlangt werden.

Dabei ist eine große Gefahr unübersehbar: Die alleinige Orientierung an klimapolitischen Zielen würde dazu führen, dass diese Gesellschaft noch tiefer gespalten würde als sie es ohnehin bereits ist. Klimapolitik darf kein Eliteprojekt werden, in dem die einen ihre Kinder mit subventionierten E-Autos zum Kindergarten bringen, und die anderen mit alten und mit Sondersteuern belegten Benzinern oder Dieselfahrzeugen, kein Elitenprojekt, in dem die einen sich Niedrigenergiehäuser bauen, und die anderen nicht mehr wissen, wie sie ihre Warmmiete noch stemmen können oder für die die Wohnung in Folge von energetischen Sanierungsmaßnahmen unbezahlbar wird.

Die Menschen wissen, es kommen Belastungen auf sie zu. Und das macht vielen Angst. Vor allem dann, wenn sie ohnehin bereits Ängste haben, was die Alterssicherung angeht, die Mietentwicklung, wenn sie prekär beschäftigt sind oder im Niedriglohnbereich oder wenn sie von Grundsicherung leben müssen. D. h. auch: Nur bei Abwesenheit von Existenzängsten und einem starken sozialen Zusammenhalt kann es gelingen, die notwendige breite demokratische Zustimmung für eine ambitionierte Klimapolitik zu gewinnen. Klimapolitik braucht daher zwingend den

funktionierenden Sozialstaat, der den Menschen soziale Sicherheit gibt und ihnen ihre Ängste nimmt. Die ökologische Wende wird – davon sind wir überzeugt – immer nur als echte sozialökologische Wende funktionieren können. Ziel einer sozialökologischen Wende muss es sein, allen Menschen ein klimafreundliches, umweltbewusstes Leben zu ermöglichen, soziale Spaltungen zu überwinden und mehr soziale Gleichheit herzustellen. Je gleichere eine Gesellschaft in der Verteilung von Ressourcen und Möglichkeiten ist, umso leichter wird ihr die ökologische Transformation fallen. Leider sind wir mit einer Rekordarmutsquote von 15,9 Prozent und über 13 Millionen abgehängten Menschen und einer bekanntermaßen extremen Vermögensungleichverteilung denkbar weit von idealen Ausgangsbedingungen für die sozialökologische Wende entfernt.

Auf der sozialen Agenda der sozialökologischen Transformation stehen nach Auffassung von Paritätischem und BUND mit Priorität:

- Die Überwindung von Hartz IV durch ein echtes sanktionsfreies Hilfesystem, eine Anhebung der Regelsätze von derzeit 446 auf mindestens 644 Euro sowie die Einführung einer Kindergrundsicherung, um die letzten Netze der sozialen Sicherung armutsfest zu machen und die Teilhabe aller auf wenigstens bescheidenem Niveau;
- die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes auf 12 Euro und die Beendigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse;
- der vollständige Rückfluss einer CO₂-Bepreisung an alle Bürgerinnen und Bürger mittels einer Pro-Kopf-Pauschale;
- die finanzielle Entlastung von pflegebedürftigen Menschen und ihren pflegenden Angehörigen;
- eine Wohnungspolitik, die die Mietpreisentwicklung wirkungsvoll eindämmt, sozialen und vor allem gemeinnützigen Wohnungsbau massiv fördert und die die Umlage einer CO₂-Bepreisung auf die Mieter*innen verhindert;
- finanziell leistbare Mobilität für jedermann und jederfrau durch Eindämmung des innerstädtischen Individualverkehrs und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Es geht nicht nur um die Umstellung von Kfz auf saubere Antriebe. Es geht um weniger Autos und bessere Infrastruktur in den Städten und auf dem Lande.

Das alles, meine Damen und Herren, kostet viele Milliarden. Die CO₂-Bepreisung und ihr Rückfluss an die Bürgerinnen und Bürger ist nur eine Facette des finanztechnischen Gesamt szenarios. Auch wenn uns harte Verteilungskämpfe ins Haus stehen: Die sozialökologische Transformation wird nicht ohne eine ganz erhebliche Umverteilung auskommen, um die notwendigen öffentlichen Investitionen in Verkehr, Energie, Landwirtschaft, Naturschutz, Wohnen oder auch ins Soziale aufbringen zu können.

Hier kommen enorme Anstrengungen auf uns als Gesellschaft zu, die es aber konsequent und solidarisch zu stemmen gilt. Es wäre fatal, wenn Umweltschutz- und Sozialpolitik gegeneinander ausgespielt werden, nur weil Politik sich scheut, zur Finanzierung notwendiger Schritte Reichtum stärker als bisher zu besteuern. Es geht nur zusammen – sozial und ökologisch und daher dulden wir auch keine halbherzigen Kompromisse weder sozial noch ökologisch. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Vernunft.

Eine grundlegende Neuausrichtung der Steuerpolitik wird damit zur abschließenden Bedingung einer erfolgreichen Klimapolitik. Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer Transaktionssteuer, eine Primärbaustoffsteuer und höhere Spitzensteuersätze in der Einkommensteuer werden in dem vor uns liegenden Klimawahlkampf und der nächsten Legislatur eine herausragende Rolle spielen müssen – damit es sozial und gerecht zugeht.

Pressekontakt:

Gwendolyn Stilling, Der Paritätische Gesamtverband
pr@paritaet.org, Tel. 030/24636-305

www.paritaet.org